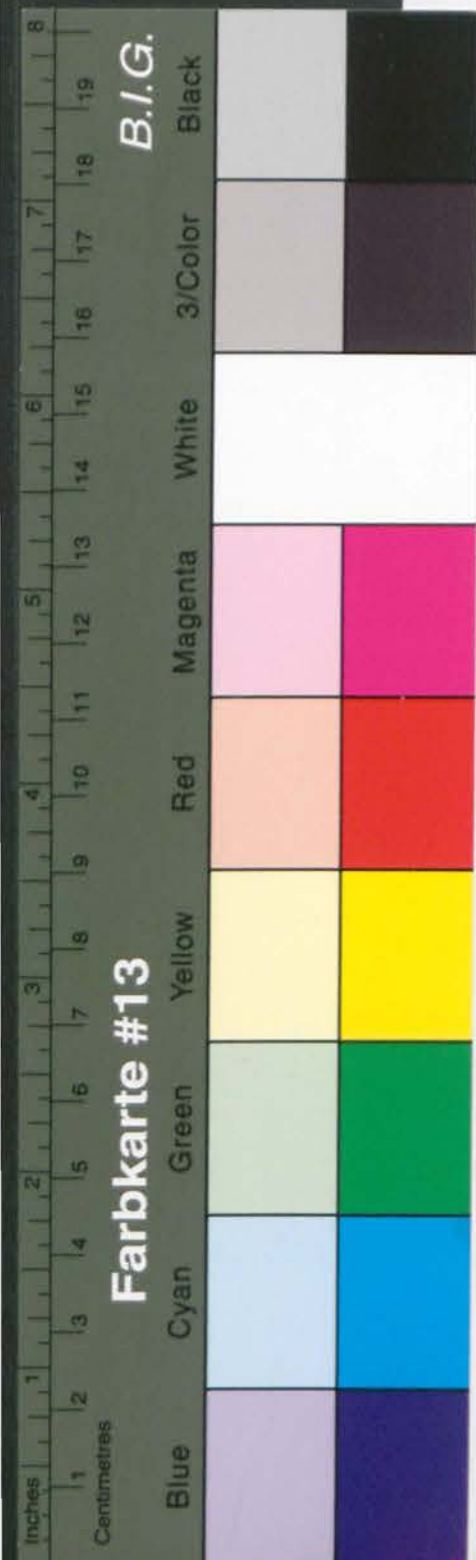


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn
Bestand B 2

95



Kreisarchiv Stormarn B2

Amanda B o h n h o f f
geb. Filtner

Reinbek Bez.Hamburg, d.8.Okt.49
Schützenstr.2

An die
Verwaltung des Kreises Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss Abt.4/413
Bad Oldesloe



Betr.: Haftentschädigung

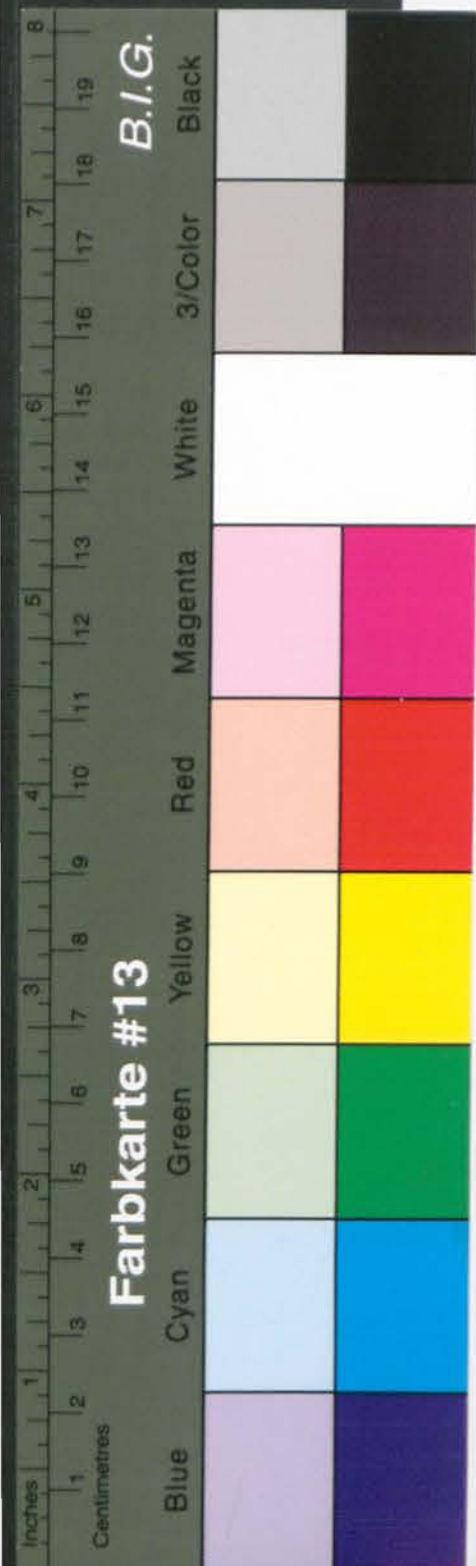
Hiermit stelle ich den Antrag auf Haftentschädigung und bemerke zunächst, dass ich durch den KSA Bad Oldesloe nicht anerkannt bin. Obwohl ich aufgrund eines nationalsozialistischen Gesetzes verurteilt wurde, habe ich seinerzeit keinen Antrag auf Anerkennung gestellt, da ich annehmen musste, dass mein Vergehen durch den KSA nicht gewertet würde.
Ich bin im Februar 1944 durch die Polizei Reinbek in Haft genommen worden und nach Schwarzenbek, später nach Lübeck Gefängnis Lauerhof überführt. Die Verhandlung gegen mich fand erst am 19.7.1944 vor dem Sondergericht in Lübeck statt und ich wurde wegen verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht. Aufgrund eines Gnadengesuches meines Ehemannes wurde mir durch den Oberstaatsanwalt in Kiel am 13.12.1944 Strafaussetzung mit Bewährungsfrist bewilligt, aber meine Entlassung erfolgte erst im Januar 1945. Nach meiner Verurteilung wurde ich vom Gefängnis Lauerhof in das Frauenzuchthaus Anrath bei Krefeld gebracht.
Ich habe demnach insgesamt

11 Monate

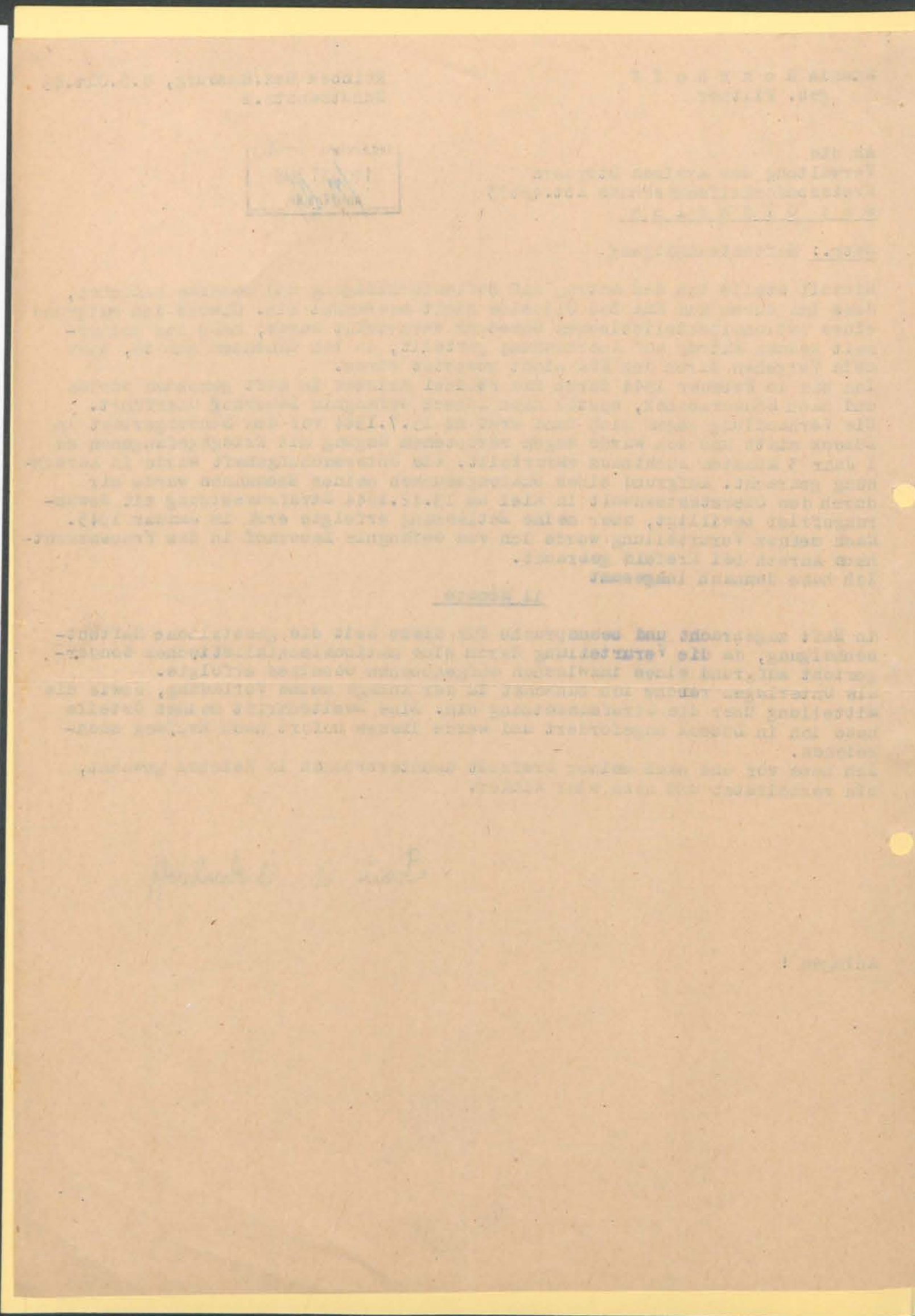
in Haft zugebracht und beanspruche für diese Zeit die gesetzliche Haftentschädigung, da die Verurteilung durch eine nationalsozialistisches Sondergericht aufgrund eines inzwischen aufgehobenen Gesetzes erfolgte. Als Unterlagen reiche ich zunächst in der Anlage meine Vorladung, sowie die Mitteilung über die Strafaussetzung ein. Eine Zweitschrift meines Urteils habe ich in Lübeck angefordert und werde dieses sofort nach Empfang nachreichen.
Ich habe vor und nach meiner Strafzeit ununterbrochen in Reinbek gewohnt, bin verheiratet und habe vier Kinder.

Frau A. Bohnhoff

Anlagen !



Kreisarchiv Stormarn B2



2

Eidesstattliche Erklärung

Vorgeladen erschien heute vor der Amtsstelle

..... Frau Amanda Margarete B o h n h o f f, geb. Filter
(Name)

wohnhaft in Reinbek, Schützenstr. Nr. 2, Geb.: 5.5.1907

in Benstaben und gab folgende Erklärung ab:

Ich habe bei dem Kreissonderhilfsausschuss in Bad Oldesloe den Antrag auf Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus gestellt. Zur Vervollständigung meiner Personalakte bei dem Kreissonderhilfsausschuss gebe ich hiermit folgende Erklärung an Eides Statt ab, nachdem ich auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung, insbesondere die Strafbarkeit einer falschen derartigen Erklärung belehrt worden bin:

x) Ich bin niemals Mitglied der NSDAP, oder ihrer Gliederungen gewesen.

x) ~~Ich bin Mitglied folgender Organisationen gewesen:~~

NSDAP	vom	bis
SS	vom	bis
HJ	vom	bis
SA	vom	bis
NSDO	vom	bis
NSKK	vom	bis
NSDSTB	vom	bis
NSF	vom	bis
NSFK	vom	bis

..... Reinbek, den 29. Okt. 1949

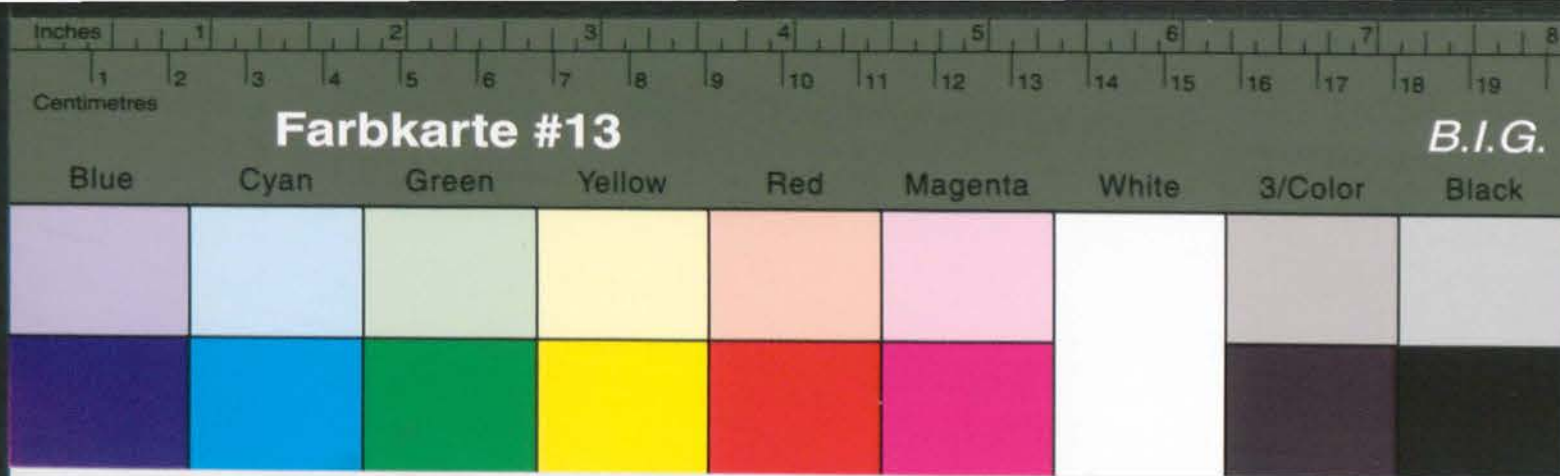
Frau M. Bohnhoff geb. Filter
(Unterschrift)

Vorstehende vor mir vollzogene Unterschrift wird hiermit beglaubigt. (Siegel)

Die Gemeindeverwaltung
Im Auftrage:
(Dienststellung)
[Signature]
Gemeindesekretärin.

x) Nichtzutreffendes streichen.

Friedrich Klotz, Buchdruckerei, Bad Oidexhof DR 264 1160 1500 W 45 K3



Kreisarchiv Stormarn B2

Unter Bezugnahme auf umstehenden Auszug urschriftlich zurück:

unbeschränkte
Urschriftlich mit der Bitte um Auskunft.

Ort und Datum: Bad Oldesloe,
den 4.11.49

Im Auftrage:

Behörde: Verwaltung des Kreises Stormarn
- Der Kreisdirektor -

(Unterschrift)

An die
Kreisverwaltung Stormarn
Abtg. 4-1/9

in B a d O l d e s l o e

Mühlenstr. 22

An

die Staatsanwaltschaft

— Strafregister —

in L ü b e c k

Anmerkung:

Die Anschrift muß von der ersuchenden Dienststelle mit ausgefüllt werden.

----- P r o t o k o l l -----

der 51. Sitzung des Kreissonderhilfeaus-
schusses Stormarn am 19. Dezember 1949.

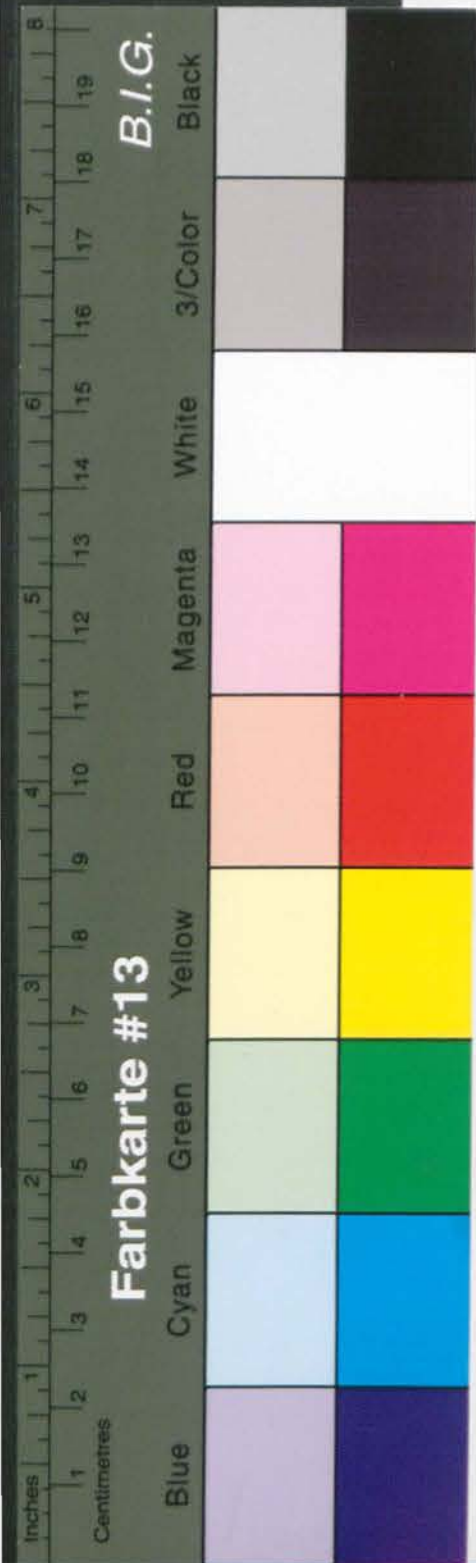
Es waren anwesend:

- | | |
|---------------------------|-------------------|
| 1. Herr Siege, | Vorsitzender |
| 2. Herr Prof. Dr. Benner, | Beisitzer |
| 3. Herr Pietsch, | stellv. Beisitzer |
| 4. Herr Dabelstein, | Geschäftsführer. |

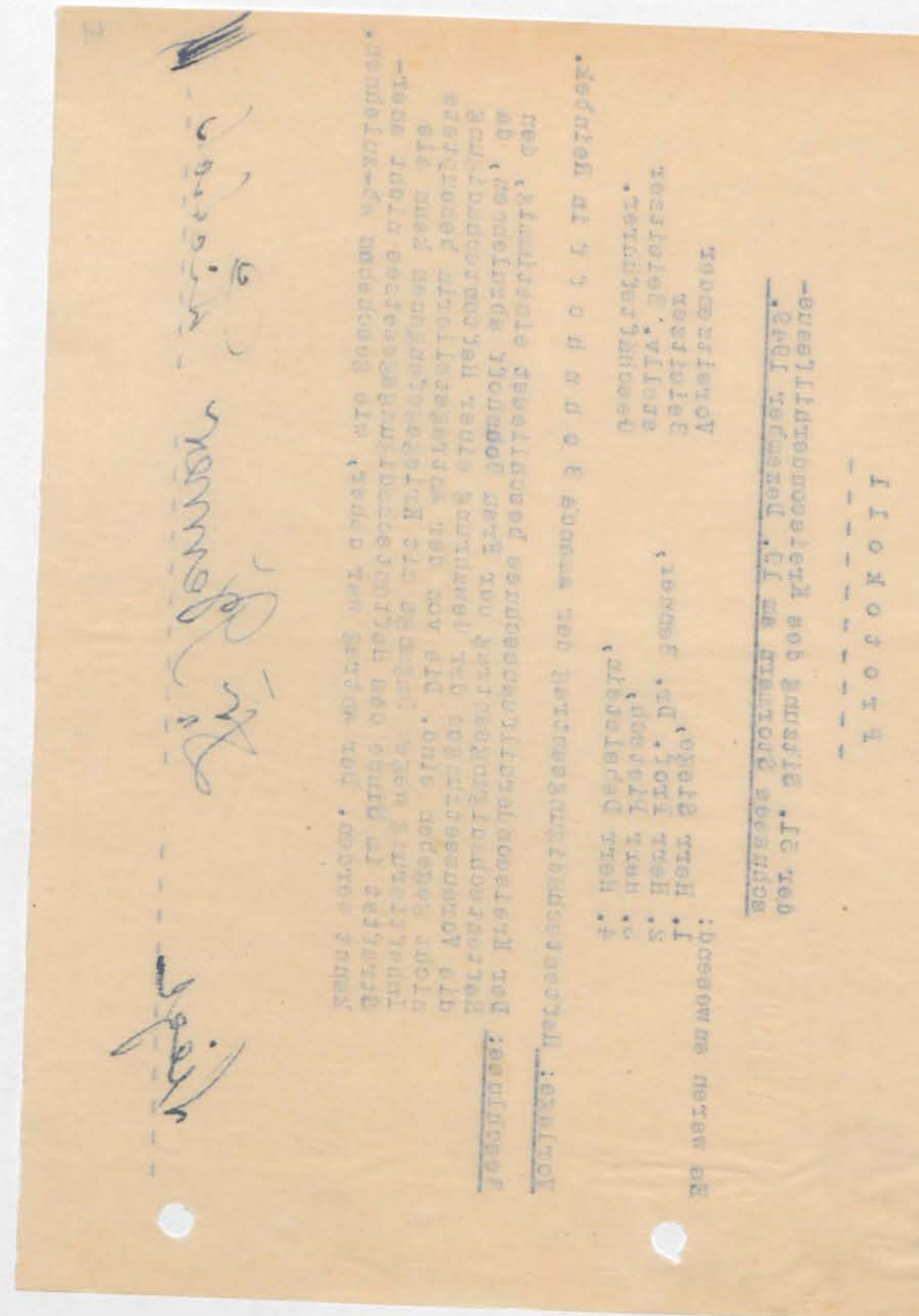
Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Amanda B o h n h o f f in Reinbek.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Haftentschädigungsantrag der Frau Bohnhoff abzulehnen, da die Voraussetzungen der Gewährung einer Haftentschädigung nicht gegeben sind. Die von der Antragstellerin behauptete Inhaftierung wegen Umgangs mit Kriegsgefangenen kann als Straftat im Sinne des Haftentschädigungsgesetzes nicht anerkannt werden. Der Antrag war daher, wie geschehen ab-zulehnen.

Siege Dr. Benner Liech



Kreisarchiv Stormarn B2



Die Geschäftsstelle der Staatsanwaltschaft
bei dem ~~Landgericht~~
Sondergericht

Lübeck, den 3. Juli 1944.

Telefon: 25 186

Es wird gebeten, bei allen
Eingaben die nachstehende
Geschäftsnummer anzugeben.

Geschäftsnummer:

12. Son. Js. 67/44
Sdg. 339/44

Es wird gebeten, diese
Ladung zum Termin
mitzubringen.

An

Ehefrau Amanda Bohnhoff geb. Filter,

in Reinbek

z. Zt. Frauenzuchthaus Lübeck-Lauerhof

Ladung.

In der Strafsache gegen Sie

wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen

Sie werden auf Anordnung des Oberstaatsanwalts zur Hauptverhandlung auf

~~dem~~ Mittwoch, den 19. Juli 1944, vorm. 11 Uhr

vor dem ~~Schöffengericht~~ dem Sondergericht in Lübeck

I. Stockwerk — ~~Großes~~ — Zimmer — ~~40~~ — Nr. 40 geladen.

Der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens liegt an.

Sollten Sie sich zur Zeit des Termins auf freiem Fuß befinden, so müßte, falls Sie
ohne Entschuldigung ausbleiben, Ihre Verhaftung oder Vorführung erfolgen.

Zugleich werden Sie aufgefordert, zu erklären, ob und welche Anträge Sie in bezug auf
Ihre Verteidigung für die Hauptverhandlung zu stellen haben.

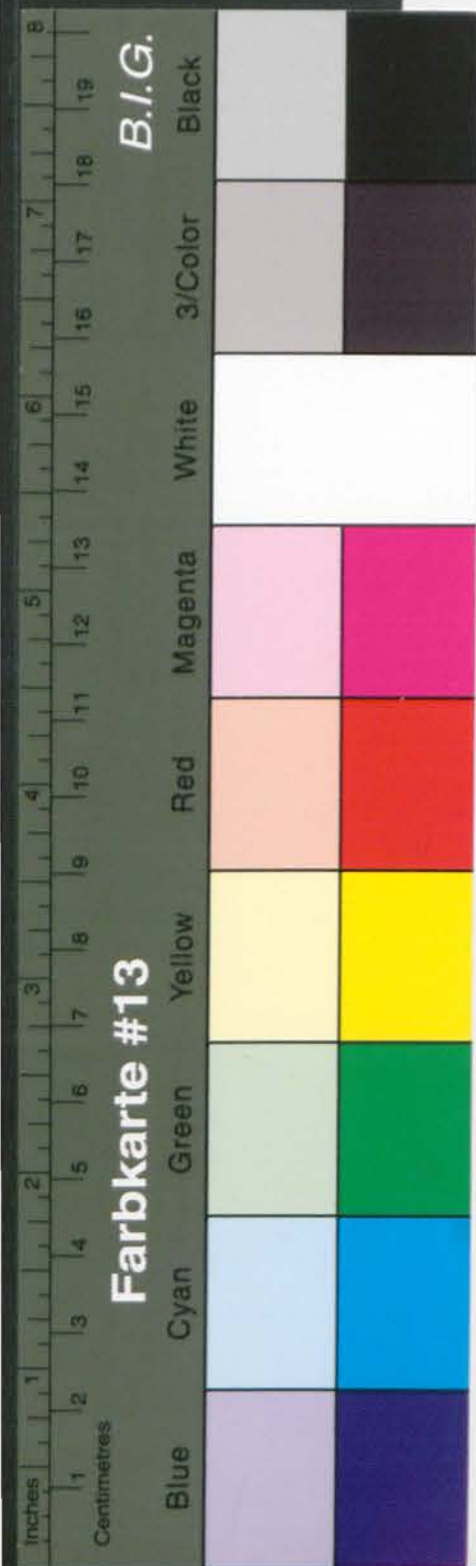
Zu der Verhandlung werden — außer den in der Anklageschrift benannten — Zeugen
— ~~und Sachverständigen~~ — geladen

als Zeuge : Kriminaloberassistent Gottschalk
in Glinde

St. P.
Nr. 206. Ladung des nicht auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten
vor das Schöffengericht (§ 216 Abs. 2 St.P.O.).



Perrine
Justizsekretär



Kreisarchiv Stormarn B2

Der Oberstaatsanwalt.
als Leiter der Anklagebehörde
bei dem Sondergericht in Kiel.
- 12 Son.Gns.184/44 -

Kiel, den 13. Dezember 1944.

Frau

Amanda Bohnhoff, geb. Filter,

Frauenzuchthaus A n r a t h .

Ihnen wird durch Erlaß des Reichsjustizminister vom 23.XI-44
- IV g⁸ 7920/44 - für den Rest der gegen Sie durch Urteil des
Schleswig-Holsteinischen Sondergerichts in Kiel vom 19. Juli 1944
erkannten Freiheitsstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus Strafaus-
setzung mit Bewährungsfrist bewilligt.

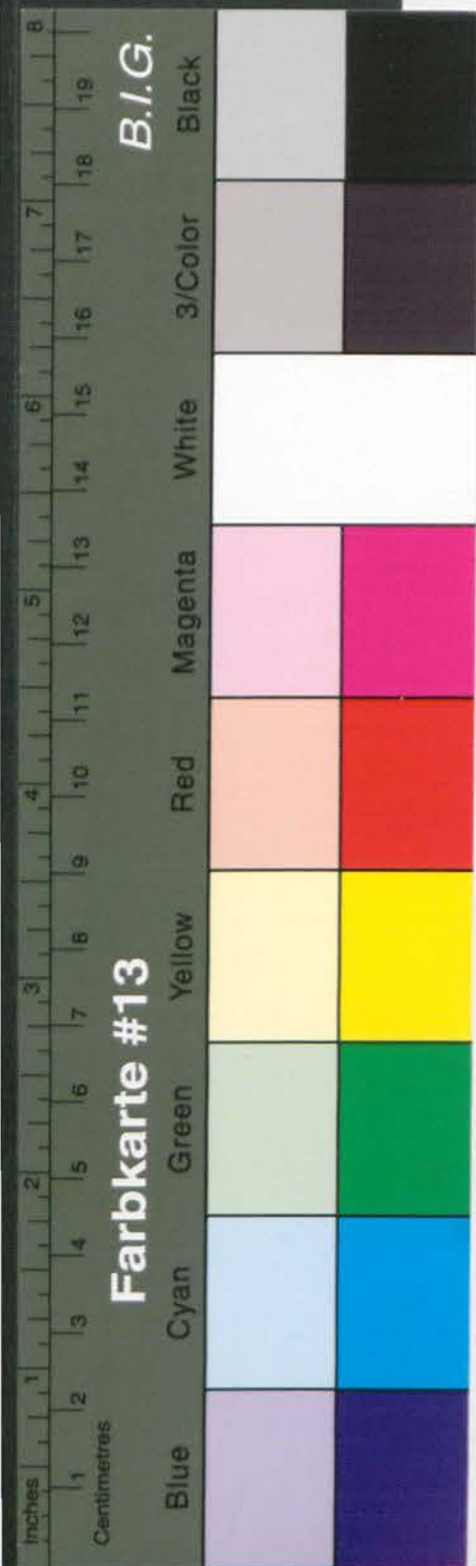
Die Bewährungsfrist läuft bis zum 31.XII.1947.

Über die Bedeutung der Bewährungsfrist werden Sie wie folgt
belehrt:

1. Sie haben sich während der Bewährungsfrist gut zu führen und
die Ihnen auferlegte Buße pünktlich zu zahlen. Wenn Sie sich
schlecht führen, insbesondere, wenn Sie sich erneut einer straf-
baren Handlung schuldig machen oder die Ihnen auferlegte Buße
nicht pünktlich zahlen, wird die Bewährungsfrist widerrufen
und die - der Rest der - gegen Sie erkannten Strafe voll-
streckt werden. Bei geringfügigen Verstößen gegen die Ihnen
obliegende Verpflichtung der guten Führung kann die Bewährungs-
frist verlängert werden. Für die demnächstige Entscheidung über
den Erlass der Strafe ist es von Bedeutung, ob Sie sich nach
Ihren besten Kräften bemüht haben, die Ihnen aufgegebenen Kosten
des Verfahrens zu zahlen.

Auf einen endgültigen Gnatenrweis können Sie nicht rechnen,
falls Sie dieser Verpflichtung nicht nachzukommen bestrebt
gewesen sind oder gar ihre Erfüllung böswillig hintertrieben haben.

2. Wenn Sie sich während der Bewährungsfrist gut geführt haben,
wird nach Ablauf der Frist die gegen Sie erkannte Strafe end-
gültig erlassen werden.



Kreisarchiv Stormarn B2

3. Die Entrichtung der Ihnen auferlegten Buße bewilligt
noch keinen Anspruch auf in Aussicht genommenen Schaden-
erweis. Ein solcher ist vielmehr in jedem Falle von Ihrem
Wohlverhalten während der Bewährungsfrist abhängig.

4. Sie haben, bei Vermeidung des Erfolgs der Bewährungsfrist,
der Staatsanwaltschaft zu jedem Abwechseln jeden Wechsel
Ihres Wohnorts während der Bewährungsfrist unverzüglich anzu-
zeigen.



gez. Dr. Metz.

Beglaubigt:

Justizangestellter.

- 12 Son Jo 67/44 -
Sdg. 359/44

Beglaubigte Abschrift.

IM NAMEN DES DEUTSCHEN VOLKES

Strafsache gegen die Ehefrau Amanda S o h n h o f f geb.
Filter aus Heimbek, Schützenstrasse 2, geboren am 5.5.1907
in Benntaben, Kro. Stormarn, evang. unbestraft,
wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen.

Das Sondergericht bei dem Landgericht in Kiel hat in der in
Lübeck abgehaltenen Sitzung vom 19. Juli 1944, an der teilge-
nommen haben:

Oberlandesgerichtsrat Meynen
als Einzelrichter,
1. Staatsanwalt Hildebrandt
als Beater der Staatsanwaltschaft,
Protokollführer in Niemann
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

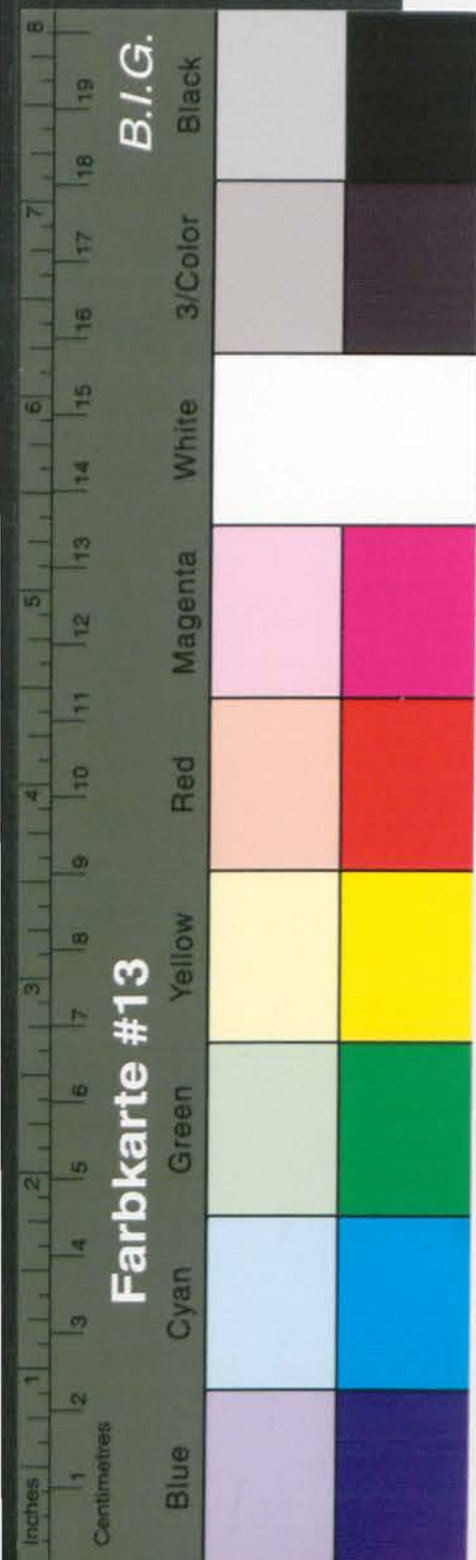
für Recht erkannt:

Die Angeklagte wird wegen verbotenen Umgangs mit einem
franz. Kriegsgefangenen in einem schweren Falle zu
1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus
verurteilt.

Ihr werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer
von 2 Jahren aberkannt.

auf die Strafe ist die erlittene Unterzuchungshaft an-
zurechnen.

Die Kosten des Verfahrens trägt die Angeklagte.



- 2 -

Gründe.

Die Angeklagte ist seit 1937 in zweiter Ehe mit dem Kraftfahrer Ludwig Bohnhoff verheiratet. Aus dieser Ehe sind 4 Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren hervorgegangen. Ihre erste Ehe, aus der 2 Kinder stammen, wurde 1935 wegen beiderseitigen Ehebruchs der Ehegatten geschieden. Bohnhoff ist seit 1940 Soldat und im Heimatkriegsgebiet längere Zeit in Vernehmung und jetzt in Weimar eingesetzt. Die Angeklagte steht in Weimar nicht in gutem Ruf, weil sie viel in Begleitung von Soldaten gesehen wird. Im Sommer 1942 wurde sie von der Weimarer Staatspolizei in Weimar wegen dauernder Unterhaltung mit Kriegsgefangenen verwahrt. Von schärferen Maßnahmen wurde abgesehen, weil ein ernstliches Vergehen nicht nachzuweisen war.

Im Spätsommer 1943 lernte die Angeklagte am Vortag in Weimar den im dortigen Kriegsgefangenenlager untergebrachten französischen Kriegsgefangenen Maurice Brosier kennen und traf in der Folgezeit häufiger auf Spaziergängen zufällig mit ihm zusammen. Er schenkte ihr Schokolade und andere Süßigkeiten, und beide unterhielten sich miteinander. Später trafen sie sich auf Verabredung im Gehölz Wildkoppel in der Nähe des Orts. Bei diesen Gelegenheiten brachte ihr der Angeklagte Kriegsgefangene oft Pakete mit, in denen sich Schokolade, Kuchen und auch Fleisch befanden. Bei diesen Zusammenkünften kam es wiederholt zu Umarmungen und Küssen, jedoch nicht zu dem von den Franzosen erstrebten Geschlechtverkehr. Auf wiederholtes Bitten erlaubte die Angeklagte ihm jedoch, sie in ihrer Wohnung zu besuchen. Am 12. Februar 1944 kam der Kriegsgefangene das erste Mal in die Wohnung der Angeklagten. Er brachte ihr ein größeres Paket mit Lebensmitteln mit. Am 16. Februar besuchte er sie abermals in ihrer Wohnung. Hierbei wurden sie überrascht und festgenommen.

Diese Feststellungen beruhen auf dem glaubhaften Geständnis der Angeklagten.

Während die Angeklagte bei ihrer polizeilichen Vernehmung durch den Leugen Gottschalk nach anfänglichen Leugnen eingestand, bei dem ersten Besuch in ihrer Wohnung mit dem Kriegsgefangenen auch geschlechtlich verkehrt zu haben, hat sie dieses Geständnis dem Haftrichter gegenüber widerrufen und auch bei ihrer Vernehmung in der Hauptverhandlung gegen den Franzosen vor dem Kriegsgericht und in der jetzigen Hauptverhandlung in Abrede genommen mit ihm geschlechtlich verkehrt zu haben. Das Geständnis habe sie nur abgelegt, weil der Leuge Gottschalk ihr für diesen Fall Verzeihung mit der Untersuchungshaft in Aussicht gestellt, andernfalls aber androhte, daß sie so lange in Haft bleiben müsse, bis sie den Geschlechtverkehr eingestände.

Es kann dahingestellt bleiben, ob es tatsächlich bei dem ersten Besuch des Franzosen zu einem regelrechten Geschlechtverkehr mit ihm gekommen ist, auf jeden Fall ist das Gericht davon überzeugt, daß bei dieser Gelegenheit irgendwelche geschlechtlichen Berührungen zwischen ihnen stattgefunden haben, zumal Brosier in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht ebenfalls eingestand und das Gericht demgegenüber festgestellt hat, daß es zu Zärtlichkeiten gekommen und daß der Kriegsgefangene dabei das Geschlechtsteil der Angeklagten angefaßt habe.

Die Angeklagte hat sich danach eines Verbrechens gegen § 4 Abs. 1 der Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum

- 3 -

- 3 -

Schutze der Wehrkraft des Deutschen Volkes vom 25.11.1939 schuldig gemacht. Es fragt sich, ob ein schwerer Fall im Sinne dieses Gesetzes gegeben ist. Maßgebend ist in erster Linie die Größe der Gefahr, die durch den Umgang für die Allgemeinheit entsteht, und das Maß der Würdelosigkeit der Angeklagten. Das Verhältnis der Angeklagten zu dem französischen Kriegsgefangenen war durch ihr Entgegenkommen mit der Zeit enger und vertraulicher geworden und hatte zuletzt dahin geführt, daß er sie abends in ihrer Wohnung aufsuchte, ihr Nahrungs- und Genußmittel in größerer Menge zuleitete, Zärtlichkeiten mit ihr austauschte und schließlich auch unsittliche Berührungen wagen durfte. So war schon eine starke Abhängigkeit der Angeklagten von dem Kriegsgefangenen entstanden, die dieser leicht für ihm Zwecke, die der Landesverteidigung abträglich sind, ausnutzen konnte. Das würdelose Verhalten der Angeklagten war erheblich und dazu angetan, in den Augen der Bevölkerung, sowie des Kriegsgefangenen selbst das Ansehen der deutschen Frauen und des ganzen deutschen Volkes zu beeinträchtigen. Durch den vertraulichen Umgang mit Kriegsgefangenen, wird die Tatsache, daß diese den Staaten angehören, die dem deutschen Volke diesen Krieg aufzuzwingen haben, völlig verwischt und so der Widerstandswille des Volkes gelähmt. Das Gericht hat daher ohne Bedenken das Vorliegen eines schweren Falles bejaht. Die Angeklagte hat danach eine Zuchthausstrafe verwirkt. Bei ihrer Bemessung kam für die Angeklagte belastend in Betracht, daß ihr Mann bei der Wehrmacht steht, daß sie vielfach auch in Gegenwart ihrer Kinder sich mit dem Franzosen unterhalten und ihn sogar in ihrer Wohnung empfangen hat. Sie war eiehauf die Würdelosigkeit und Strafbarkeit ihres Verhaltens schon einmal hingewiesen und ernstlich verwahrt worden. Da es aber schließlich doch nur einmal zu unsittlichen Berührungen gekommen ist und ein Geschlechtverkehr nicht mit voller Sicherheit nachzuweisen ist, die Angeklagte vielleicht auch durch die Aussicht, für ihre Kinder und für sich lang entbehrte Genußmittel zu erhalten, verführt worden ist, erschien eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten ausreichend. Mit Rücksicht auf die bei der Tat bewiesene ehrlose Gesinnung sind der Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren aberkannt. Die Untersuchungshaft konnte angerechnet werden, da durch den Widerruf des Geständnisses die Dauer der Untersuchungshaft nicht wesentlich verlängert worden ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

gez.

Meynen

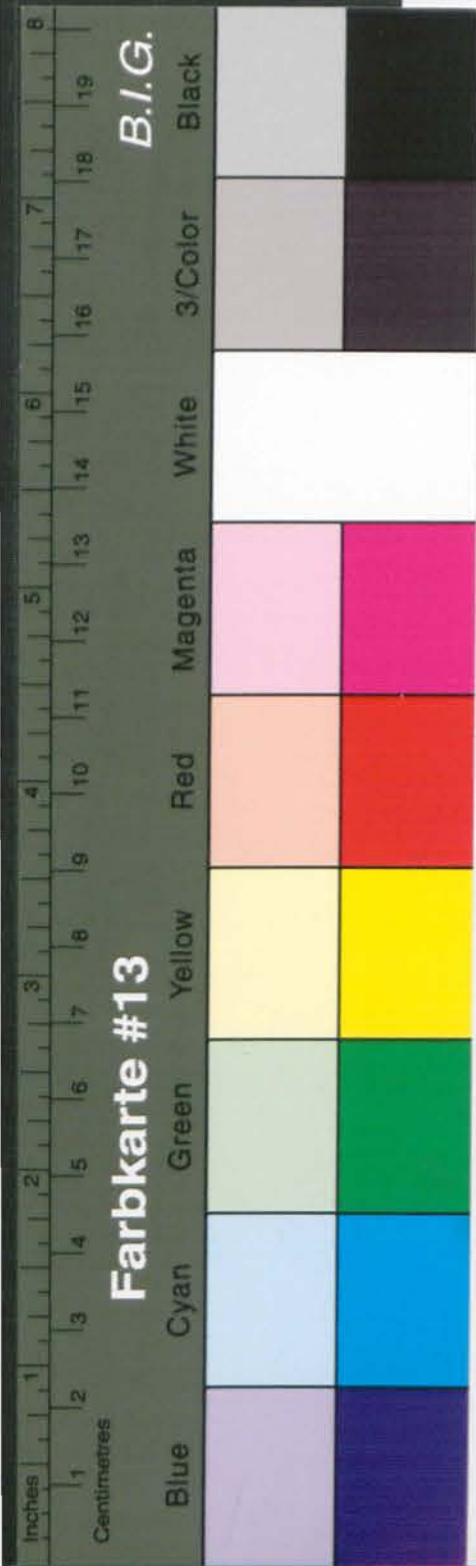
Beglaubigt:

Kiel, den 28. Juli 1944



Chorap
Justizangestellte

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle 6 des Landgerichts.



Kreisarchiv Stormarn B2

Reinbek, den 29.10. 1949

Aufenthaltsbescheinigung

zur Vorlage bei Kreissonderhilfsausschuß
Bad Oldesloe

Die Amanda Margarete Bohnhoff

geboren am 5.5.07 zu Benstaben

ist im hiesigen Melderegister als — ledig — verheiratet —
verwitwet — geschieden

Religion ev. Staatsangehörigkeit deutsch

zuletzt vom 11.10.38 bis — —

jetzt ununterbrochen

vom — — bis — —

vom — — bis — —

g. ldet gewesen.

Einwohnermeldeamt Reinbek

Rud. Jürgens, DR 202, Reinbek 5137/500 6 47 Kl. A

An die
Staatsanwaltschaft
in L u b e c k
In der Strafsache gegen die Ehefrau
in Reinbek
Aktz. des Sondergerichts
wird um Überlassung der Strafsakten
ten.

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuß —
- Bohnhoff - D./K.

19. Oktober 1949

19. Oktober 1949

den 1b.2.50

./K.

s erhalten kann-
9 Stellung neh-

und habe dazu

el auf Grund ei-
llratsbestimmung
solche aufgrund
berechtigt.

tigten Gestapo-
ir zunächst ein
begründung hervort
ngang mit dem
ler vor Not zu

gründung zum Aus-
lgemeinheit vor-
der Franzose
che der Landes-

ezogen und wirkt
taat.

t zu sein, eine
Nachprüfung mei-
nterlagen an das

Bohnhoff

10

19. Oktober. 1949

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Bohnhoff - D./K.

An die
Staatsanwaltschaft
in L ü b e c k

In der Strafsache gegen die Ehefrau Amanda B o h n h o f f geb. Filtter
in Reinbek

Aktz. des Sondergerichts in Lübeck 12 Son.Js 67/44
Sdg 339/44

wird um Überlassung der Strafakten für kurze Zeit zur Einsichtnahme ge-
ten.

Im Auftrage:

Schön ingstedt

Nr.

Ausweis
für den Flüchtlingstransport

am

Siegel (Wappen)

Der Ausweis ist stets bei sich zu führen und im Quartier usw. ohne Aufforderung vorzulegen.

Kreisarchiv Stormarn B2



19. Oktober 1949

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Bohnhoff - D./K.

HEUTE
Frau
Amanda B o h n h o f f
in R e i n b e k
Schützenstr. 2

P.D.S.

In Ihrer Haftentschädigungssache wird der Empfang Ihres Schreibens vom S.d.M. bestätigt. Bevor Ihrem Antrag näher getreten werden kann, ist noch erforderlich, dass Sie Ihre genauen Personalien (Geburts-tag und -ort) so-wie die Personalien Ihres Ehemannes und Ihrer Eltern hierher mitteilen. Erforderlich ist weiter, dass Sie die anliegende eidesstattliche Erklärung über evtl. Mitgliedschaften zur NSDAP, oder deren Gliederungen hier einreichen. Ihre Unterschrift muss von der Gemeindeverwaltung beglaubigt werden. Von Ihrer zuständigen Meldebehörde wollen Sie sich eine Bescheinigung erteilen lassen, woraus ersichtlich ist, seit wann Sie in Reinbek polizeilich gemeldet sind.

Im Auftrage:

THE VANDERBILT:

1964*
 1965*
 1966*
 1967*
 1968*
 1969*
 1970*
 1971*
 1972*
 1973*
 1974*
 1975*
 1976*
 1977*
 1978*
 1979*
 1980*
 1981*
 1982*
 1983*
 1984*
 1985*
 1986*
 1987*
 1988*
 1989*
 1990*
 1991*
 1992*
 1993*
 1994*
 1995*
 1996*
 1997*
 1998*
 1999*
 2000*
 2001*
 2002*
 2003*
 2004*
 2005*
 2006*
 2007*
 2008*
 2009*
 2010*
 2011*
 2012*
 2013*
 2014*
 2015*
 2016*
 2017*
 2018*
 2019*
 2020*
 2021*
 2022*
 2023*
 2024*
 2025*
 2026*
 2027*
 2028*
 2029*
 2030*
 2031*
 2032*
 2033*
 2034*
 2035*
 2036*
 2037*
 2038*
 2039*
 2040*
 2041*
 2042*
 2043*
 2044*
 2045*
 2046*
 2047*
 2048*
 2049*
 2050*
 2051*
 2052*
 2053*
 2054*
 2055*
 2056*
 2057*
 2058*
 2059*
 2060*
 2061*
 2062*
 2063*
 2064*
 2065*
 2066*
 2067*
 2068*
 2069*
 2070*
 2071*
 2072*
 2073*
 2074*
 2075*
 2076*
 2077*
 2078*
 2079*
 2080*
 2081*
 2082*
 2083*
 2084*
 2085*
 2086*
 2087*
 2088*
 2089*
 2090*
 2091*
 2092*
 2093*
 2094*
 2095*
 2096*
 2097*
 2098*
 2099*
 2100*
 2101*
 2102*
 2103*
 2104*
 2105*
 2106*
 2107*
 2108*
 2109*
 2110*
 2111*
 2112*
 2113*
 2114*
 2115*
 2116*
 2117*
 2118*
 2119*
 2120*
 2121*
 2122*
 2123*
 2124*
 2125*
 2126*
 2127*
 2128*
 2129*
 2130*
 2131*
 2132*
 2133*
 2134*
 2135*
 2136*
 2137*
 2138*
 2139*
 2140*
 2141*
 2142*
 2143*
 2144*
 2145*
 2146*
 2147*
 2148*
 2149*
 2150*
 2151*
 2152*
 2153*
 2154*
 2155*
 2156*
 2157*
 2158*
 2159*
 2160*
 2161*
 2162*
 2163*
 2164*
 2165*
 2166*
 2167*
 2168*
 2169*
 2170*
 2171*
 2172*
 2173*
 2174*
 2175*
 2176*
 2177*
 2178*
 2179*
 2180*
 2181*
 2182*
 2183*
 2184*
 2185*
 2186*
 2187*
 2188*
 2189*
 2190*
 2191*
 2192*
 2193*
 2194*
 2195*
 2196*
 2197*
 2198*
 2199*
 2200*
 2201*
 2202*
 2203*
 2204*
 2205*
 2206*
 2207*
 2208*
 2209*
 2210*
 2211*
 2212*
 2213*
 2214*
 2215*
 2216*
 2217*
 2218*
 2219*
 2220*
 2221*
 2222*
 2223*
 2224*
 2225*
 2226*
 2227*
 2228*
 2229*
 2230*
 2231*
 2232*
 2233*
 2234*
 2235*
 2236*
 2237*
 2238*
 2239*
 2240*
 2241*
 2242*
 2243*
 2244*
 2245*
 2246*
 2247*
 2248*
 2249*
 2250*
 2251*
 2252*
 2253*
 2254*
 2255*
 2256*
 2257*
 2258*
 2259*
 2260*
 2261*
 2262*
 2263*
 2264*
 2265*
 2266*
 2267*
 2268*
 2269*
 2270*
 2271*
 2272*
 2273*
 2274*
 2275*
 2276*
 2277*
 2278*
 2279*
 2280*
 2281*
 2282*
 2283*
 2284*
 2285*
 2286*
 2287*
 2288*
 2289*
 2290*
 2291*
 2292*
 2293*
 2294*
 2295*
 2296*
 2297*
 2298*
 2299*
 2300*
 2301*
 2302*
 2303*
 2304*
 2305*
 2306*
 2307*
 2308*
 2309*
 2310*
 2311*
 2312*
 2313*
 2314*
 2315*
 2316*
 2317*
 2318*
 2319*
 2320*
 2321*
 2322*
 2323*
 2324*
 2325*
 2326*
 2327*
 2328*
 2329*
 2330*
 2331*
 2332*
 2333*
 2334*
 2335*
 23

256 228/44
15 200*18 21/44

IN DEL BRIGLIATORE DELLA CHE PRESENTA VINCERE E O P R O L I DER* BIRGEL

T H R O U
G S T A N D I N G
V E R Y

- Вопросы - D* \ K*

4-7\8-KLEI SECHSELTTIGES -

ГДР ОКСОРЕЛ ГМБ

Kreisarchiv Stormarn B2





den 16.2.50 20

1/K.

s erhalten kann-
9 Stellung neh-

und habe dazu

l auf Grund ei-
llratsbestimmung
lche auf Grund
berechtigt.

igten Gestapo-
r zunächst ein
egründung hervor
gang mit dem
er vor Not zu

ründung zum Aus-
gemeinheit vor-
der Franzose
he der Landes-

zogen und wirft
saat.

zu sein, eine
Nachprüfung mei-
ner Unterlagen an das

chuck



Verwaltung
des Kreises Stormarn

(24a) Bad Oldesloe, den 19. Oktober 1949

Fernruf: Sammel-Nr. 151
Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postsparkonto: Hamburg 13

Abt.: 4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -

G.Z.: - Bohnhoff - D./K.

НЗХХ

Frau

Amanda B o h n h o f f

in Reinbek

Schützenstr. 2

P.D.S.

In Ihrer Haftentschädigungssache wird der Empfang Ihres Schreibens vom 8. d. M. bestätigt. Bevor Ihrem Antrag näher getreten werden kann, ist noch erforderlich, dass Sie Ihre genauen Personalien (Geburtsort und -tag) sowie die Personalien Ihres Ehemannes und Ihrer Eltern hierher mitteilen. Erforderlich ist weiter, dass Sie die anliegende eidesstattliche Erklärung über evtl. Mitgliedschaften zur NSDAP, oder deren Gliederungen hier einreichen. Ihre Unterschrift muss von der Gemeindeverwaltung beglaubigt werden. Von Ihrer zuständigen Meldebehörde wollen Sie sich eine Bescheinigung erteilen lassen, woraus ersichtlich ist, seit wann Sie in Reinbek polizeilich gemeldet sind.

Im Auftrage:

Landboten-Druckerei Bad Oldesloe — DR 286 — 948 10000 9.49 A

IN WILSON:

Bojtnettan Remerger ejnd*

[illegible]

BUNNENBERG'S

Д В О Т И Р О К

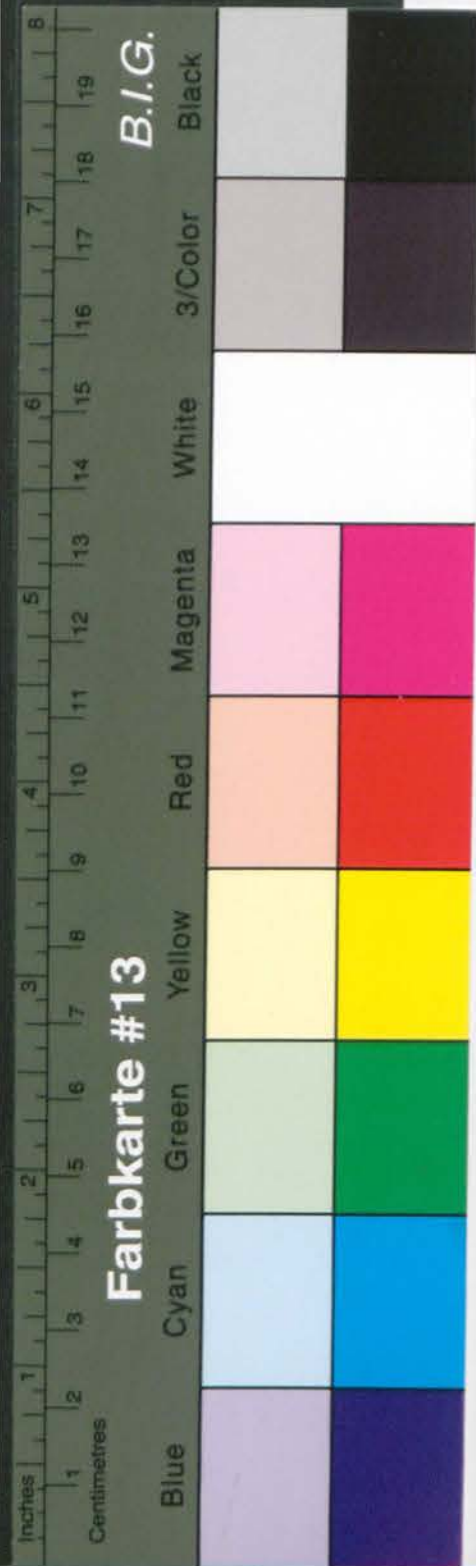
2.507

B·D·E·

- ВЕРИФІКАЦІЯ - ДІАГНОСТИКА -

- 6 -

18* OKTODER 1898



Kreisarchiv Stormarn B2

10. Oktober 1949

M. B. B.

Im Auftrag des Kreisarchivs Stormarn
B. B. B.

Im Auftrag des Kreisarchivs Stormarn

Reinbek 31.10.49.
An den Kreis Stormarn,
Auf ihr Schreiben vom 19.10.49 schicke ich
die geforderten Papiere.
Die Geburtsurkunde von meiner Mutter
habe ich beigelegt. von meinem Mann-
Ludwig Bohnhoff geb. 10.9.06.
Lützenhof bei Schwarzenbeck.

Frau Bohnhoff

Bohnhoff

14
Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfswesen
- Abt. 4/13 -
Bohnhoff - D./K.
Bad 01
An das
Standesamt
in Bad Oldesloe
In Niedergutmachungsachen
kostenlosen Geburtsurkunde
Bestanden geborene Amanda
beten.
Urschriftlich
mit der gewünschten
Urkunde zurückgeleitet.
Bad Oldesloe, 10.11.49
Standesamt
Bohnhoff

der B
schus

E 2

D./K.

als erhalten kann-
49 Stellung neh-

und habe dazu

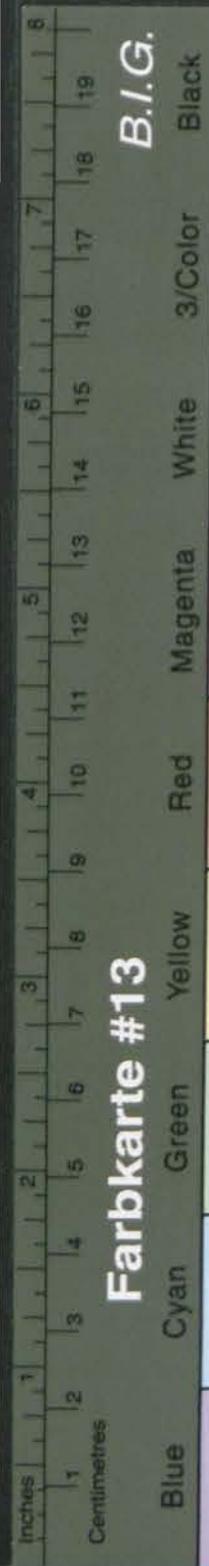
el auf Grund ei-
llratsbestimmung
elche aufgrund
berechtigt.
tigten Gestapo-
ir zunächst ein
begründung hervort-
mgang mit dem
der vor Not zu

gründung zum Aus-
lgemeinheit vor-
der Franzose
che der Landes-

gezogen und wirft
staat.

st zu sein, eine
Nachprüfung mei-
Interlagen an das

20.2.50



Kreisarchiv Stormarn B2

BD.O. 4. N. 49
1) Statistischer Zug einz. in 8/11.49
2) Geburtsurk. zurücksenden
3) Lg.

24

16

20

, den 16.2.50

2072. bi.

D./K.

als erhalten komm-
49 Stellung neh-

15 und habe dazu

l auf Grund ei-
ratsbestimmung
lohe aufgrund
berechtigt.
igten Gestapo-
r zunächst ein
gründung hervort
gang mit dem
er vor Not zu

ründung zum Aus-
gemeinheit vor-
der Franzose
he der Landes-

zogen und wirft
aat.
zu sein, eine
Nachprüfung mei-
terlagen an das

der
sohn

Es waren anwesend:

14 Kreisverwaltung Stormarn
Kreisverordnungsamt
- Amt 4413 -
Bönnhoff - D./K.

An das
Standesamt
in Bad Oldesloe

In Wiedergutmachungssachen wird um Erteilung einer
kostenlosen Geburtsurkunde über die am 5.5.07 zu
Benstaben geborene Amanda Margarete Filte ge-
beten.

Unschriftlich
mit der Gewünschten
Urkunde zurückgereicht.
Bad Oldesloe, 10.11.49
Standesamt

Im Auftrage:
W. W. W.

19.11.49

Stadt Bad Oldesloe
Empf. 9. NOV. 1949
L. 11

Bad Oldesloe, den 4. Nov. 1949

Nr. 110/07)

E 2

geboren.

Bad Oldesloe, den 10. November 19.49

Gebührenfrei!
nur gültig (Siegel)
für amtliche Zwecke.

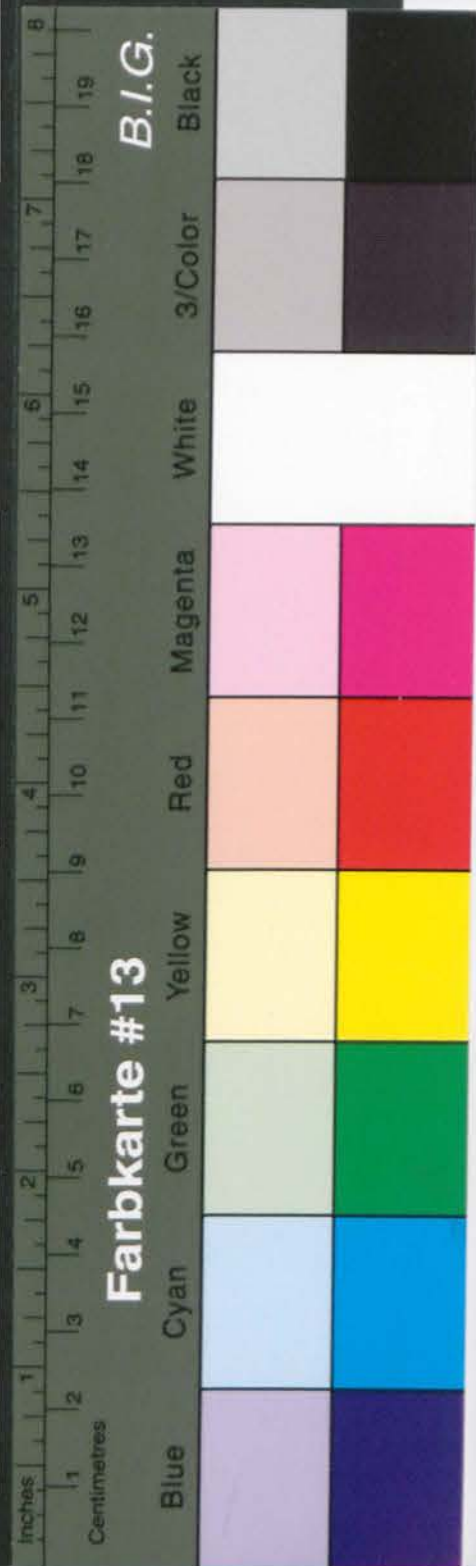
Der Standesbeamte

W. W. W.

W. W. W.

A 52. Geburtsurkunde (unehelich). Nachdruck verboten!
Verlag für Standesamtswesen G. m. b. H., Frankfurt a. M.-Eschersheim

A 52



Kreisarchiv Stormarn B2

1/ Skat
2/ Geb.
3/ Ly.

Verwaltung
des Kreises Stormarn
(24a) Bad Oldesloe
Fernsprecher Sammel-Nr. 151

16

Es waren anwesend:
1. Herr
2. Herr
3. Herr
4. Herr

Vorleser: Haftentschäd.
Beschluss: Der Kreis
Haftentsch.
die Voraussetz.
nicht gegen
Inhabiter
Streit ist
kannt wird

der
sch

15

Geburtsurkunde E 2

(Standesamt Bad Oldesloe - - - - - Nr. 110/07)

Amanda Margarete Filter - - - - -

ist am 5. Mai 1907 - - - - -

in Benstaben - - - - - geboren.

Mutter: Mary Margaretha Filter - - - - -
- evangelisch - - - - -

Änderungen der Eintragung: - - - - -

Bad Oldesloe, den 10. November 19. 49

Gebührenfrei!
nur gültig (Siegel)
für amtliche Zwecke

Der Standesbeamte

[Signature]

A 52. Geburtsurkunde (unehelich). Nachdruck verboten!
Verlag für Standesamtswesen G. m. b. H., Frankfurt a. M.-Eschersheim

19

24

den 16.2.50

20

20

D./K.

ils erhalten komm-
.49 Stellung neh-

ei und habe dazu

iel auf Grund ei-
ollratsbestimmung
welche aufgrund
g berechtigt.
htigten Gestapo-
mir zunächst ein
sbegründung hervor
Umgang mit dem
nder vor Not zu

egründung zum Aus-
llgemeinheit vor-
s der Franzose
lche der Landes-

gezogen und wirft
Staat.

gt zu sein, eine
ge Nachprüfung mei-
Unterlagen an das

Sohnhoff

16

Protokoll

der 51. Sitzung des Kreissonderhilfeaus-
schusses Stormarn am 19. Dezember 1949.

Es waren anwesend:

- | | |
|---------------------------|-------------------|
| 1. Herr Siege, | Vorsitzender |
| 2. Herr Prof. Dr. Benner, | Beisitzer |
| 3. Herr Pietsch, | stellv. Beisitzer |
| 4. Herr Dabelstein, | Geschäftsführer. |

Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Amanda B o h n h o f f in Reinbek.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Haftentschädigungsantrag der Frau Bohnhoff abzulehnen, da die Voraussetzungen der Gewährung einer Haftentschädigung nicht gegeben sind. Die von der Antragstellerin behauptete Inhaftierung wegen Umgangs mit Kriegsgefangenen kann als Straftat im Sinne des Haftentschädigungsgesetzes nicht anerkannt werden. Der Antrag war daher, wie geschehen ab-zulehnen.

Kreisarchiv Stormarn B2





kennt werden* der wirtlich mal garal' mte Reserpen ar-enternen*
stetiger im Sinne des Haftentschädigungsgesetzes nicht aner-
kannt werden können auf Klagsbegehren kann eine
nicht bestritten sind* die von der wirtlichgesetzlich perentore
die Anwesenheit der Gemahlin einer Haftentschädigung
Haftentschädigungsgesetz der plan bestritten, ar-enternen, de
Beschreibung: der Klagsbegehren Reserpen Reserpen ar-enternen, den
Anträge: Haftentschädigungsgesetz der wirtlich B o r n o l t in Hamburg

4* Herr Petermann
2* Herr Petermann
3* Herr Petermann
1* Herr Petermann

Es seien anwesend:

eschiedene Stufen am 18. Dezember 1948
der 21. Sitzung des Klagsbegehren

P r o t o k o l l

17

23. Dezember 1949

4-1/9-Kreisanderhilfeausschuss -
- Bohnhoff - D./K.

Frau
Amanda B o h n h o f f
in R e i n b e k
Schützenstr. 2

In Ihrer Haftentschädigungssache wird Ihnen unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 8.10.49 mitgeteilt, dass der Kreisanderhilfeausschuss in der Sitzung vom 19. d.M. Ihren Antrag noch nicht befürworten konnte. Der von Ihnen Angegebene verbotene Umgang mit Kriegsgefangenen kann als zu entschädigende Straftat im Sinne des Haftentschädigungsgesetzes nicht angesehen werden. Voraussetzung für die Gewährung der Haftentschädigung ist, dass die Strafe aufgrund Ihrer Überzeugung, Ihrer Rasse oder Religion erfolgte. Umgang mit Kriegsgefangenen kann als Straftat hierfür ohne weiteres noch nicht gewertet werden. Der Kreisanderhilfeausschuss hat jedoch Ihren Antrag zur endgültigen Entscheidung an das Ministerium des Innern bei der Landesregierung abgegeben.

Im Auftrage:

27/12.49

18

23. Dezember 1949

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Bohnhoff - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium des Innern
Ref. I/8 A Pol. Wi. Gu.
in K i e l

Bohnhoff

Betrifft: Haftentschädigungsgesetz vom 4.7.49.

Anliegend wird der Haftentschädigungsantrag der Amanda B o h n h o f f
in Reinbek unter Beifügung der Handakten überreicht mit der Bitte um end-
gültige Entscheidung.
Der Kreissonderhilfsausschuss war nicht in der Lage, den Haftentschädigungs-
antrag zu befürworten, da die Inhaftierung wegen verbotenen Umgangs mit
Kriegsgefangenen als aus polit. Gründen begangen, nicht angesehen werden
kann.

4/4y.

Im Auftrage:

[Signature]

[Signature]

Kopen*

Im Auftrage:

Entsprechend an das Ministerium des Innern der Bundesregierung erge-
ben die Kreissonderhilfsausschüsse der Länder, dass die Haftentschädigung
des Herrn Bohnhoff nicht bewilligt werden kann.
Daher wird der Haftentschädigungsantrag der Amanda Bohnhoff
nicht befürwortet. Der Kreissonderhilfsausschuss war nicht in der Lage,
den Haftentschädigungsantrag zu befürworten, da die Inhaftierung wegen
verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen als aus politischen Gründen
begangen, nicht angesehen werden kann.
Der Kreissonderhilfsausschuss war nicht in der Lage, den Haftentschädigungs-
antrag zu befürworten, da die Inhaftierung wegen verbotenen Umgangs mit
Kriegsgefangenen als aus politischen Gründen begangen, nicht angesehen
werden kann.

Beauftragter: S.
A. B o h n h o f f
Amanda B o h n h o f f
K i e l

- Bohnhoff - D./K.

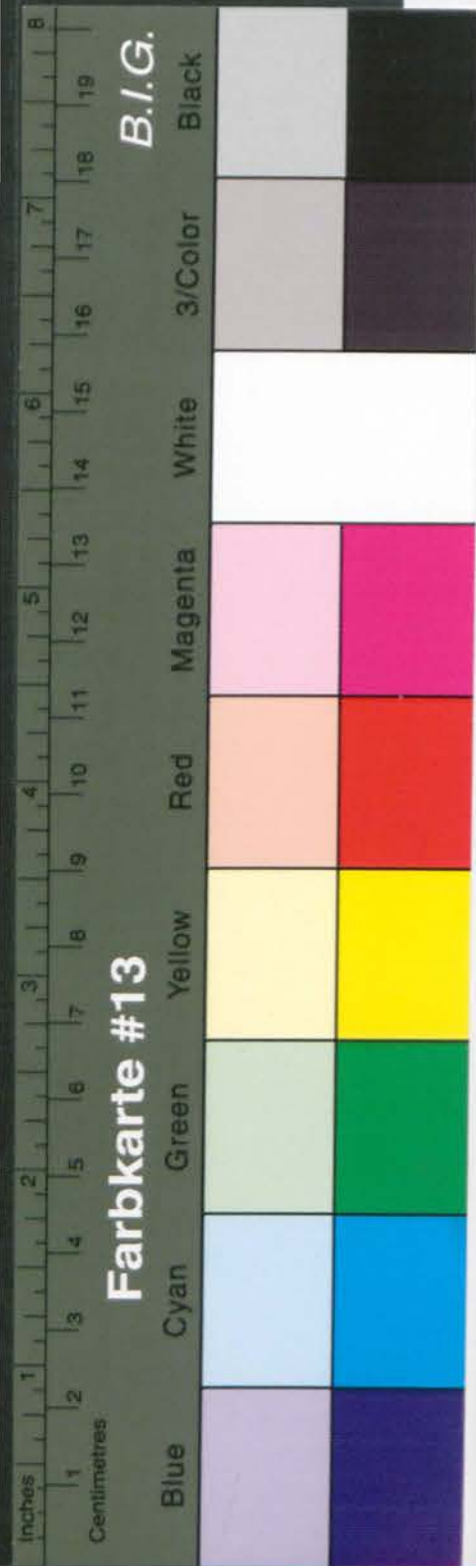
4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -

Bohnhoff

23. Dezember 1949

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

23
22
21
20
19
18
17
16
15
14
13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1
0
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Reinbek Kr. Stormarn, den 16.2.50
Schützenstr.2

An die
Verwaltung des Kreises Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss -Abt.4-1/9
Bad Oldesloe

Betr.: Haftentschädigung, dortiges Schreiben vom 23.12.49 D./K.

Da ich erst jetzt eine beglaubigte Abschrift meines Urteils erhalten konnte, kann ich nunmehr zu dem dortigen Schreiben vom 23.12.49 Stellung nehmen.
Ich füge diese beglaubigte Abschrift zur Einsichtnahme bei und habe dazu

Kiel auf Grund eierollratsbestimmung welche aufgrund ag berechtigt. ihtigten Gestapo- mir zunächst ein ls begründung hervort Umgang mit dem nder vor Not zu begründung zum Aus- llgemeinheit vor- ss der Franzose elche der Landes- lgezogen und wirft -Staat. lgt zu sein, eine ge Nachprüfung mei- Unterlagen an das

Bohnhoff

24
23
22
21
20
19
18
17
16
15
14
13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1
0
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Reinbek Kr. Stormarn, den 16.2.50
Schützenstr.2

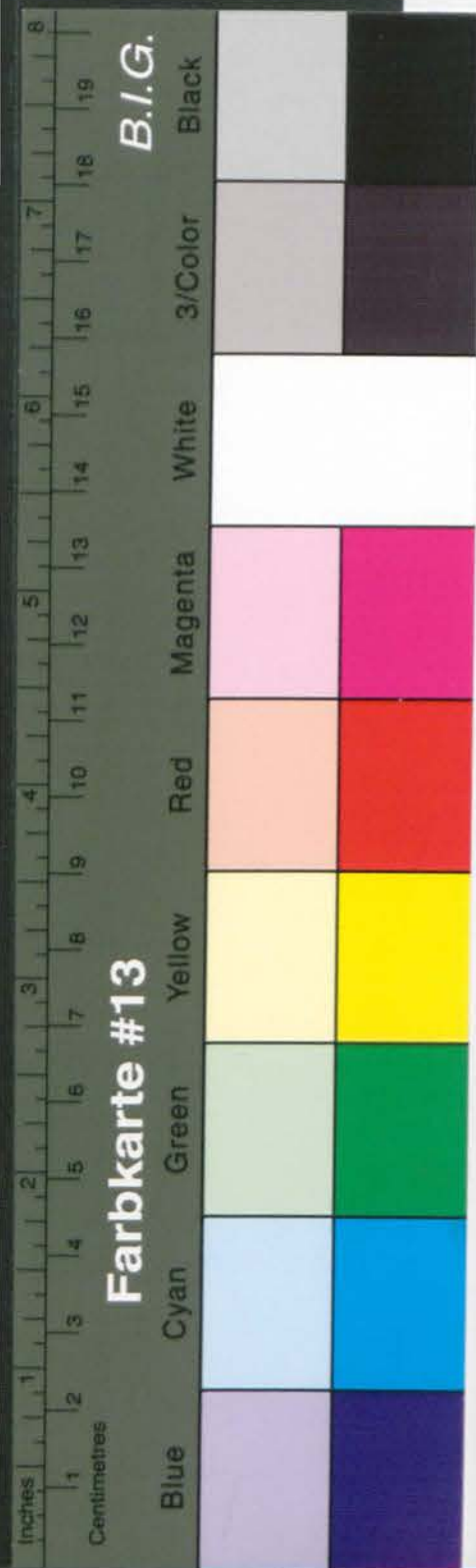
An die
Verwaltung des Kreises Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss -Abt.4-1/9
Bad Oldesloe

Betr.: Haftentschädigung, dortiges Schreiben vom 23.12.49 D./K.

Da ich erst jetzt eine beglaubigte Abschrift meines Urteils erhalten konnte, kann ich nunmehr zu dem dortigen Schreiben vom 23.12.49 Stellung nehmen.
Ich füge diese beglaubigte Abschrift zur Einsichtnahme bei und habe dazu

Kiel auf Grund eierollratsbestimmung welche aufgrund ag berechtigt. ihtigten Gestapo- mir zunächst ein ls begründung hervort Umgang mit dem nder vor Not zu begründung zum Aus- llgemeinheit vor- ss der Franzose elche der Landes- lgezogen und wirft -Staat. lgt zu sein, eine ge Nachprüfung mei- Unterlagen an das

Bohnhoff



Kreisarchiv Stormarn B2

Bd. 0, 11.2.50
Vgl. zum Vorgang

Reinbek Kr. Stormarn, den 16.2.50
Schützenstr. 2
An die
Verwaltung des Kreises Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss -Abt. 4-1/9
Bad Oldesloe

Amanda B o h n h o f f

Reinbek Kr. Stormarn, den 16.2.50
Schützenstr. 2

Einzeichnen!

20.2.50

An die
Verwaltung des Kreises Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss -Abt. 4-1/9
Bad Oldesloe

Betr.: Haftentschädigung, dortiges Schreiben vom 23.12.49 D./K.

Da ich erst jetzt eine beglaubigte Abschrift meines Urteils erhalten konnte, kann ich nunmehr zu dem dortigen Schreiben vom 23.12.49 Stellung nehmen.

Ich füge diese beglaubigte Abschrift zur Einsichtnahme bei und habe dazu folgendes zu bemerken:

Meine Verurteilung erfolgte durch das Sondergericht in Kiel auf Grund eines Nationalsozialistischen Gesetzes, welches durch Kontrollratsbestimmung aufgehoben wurde. Soweit mir bekannt ist, sind Strafen, welche aufgrund derartiger Gesetze verhängt wurden, zur Haftentschädigung berechtigt. Ich weise daraufhin, dass die Vernehmung durch den berüchtigten Gestapo-Agenten Gottschalk in einer Form vorgenommen wurde, die mir zunächst ein Geständnis aufzwang. Ich habe dieses, wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, später widerrufen. Der lediglich freundschaftliche Umgang mit dem französischen Kriegsgefangenen erfolgte nur, um meine Kinder vor Not zu schützen.

Es erscheint geradezu komisch, dass, wie in der Urteilsbegründung zum Ausdruck gebracht, mein Umgang eine grosse Gefahr für die Allgemeinheit vorstellen sollte. Ebenso war es völlig ausgeschlossen, dass der Franzose durch den Umgang mit mir, Kenntnisse erlangen konnte, welche der Landesverteidigung abträglich wären.

Die gesamte Begründung ist derartig an den Haaren herbeigezogen und wirft ein aufschlussreiches Bild für die Rechtsprechung im NS-Staat. Unter Berücksichtigung dieser Punkte glaube ich berechtigt zu sein, eine Haftentschädigung zu beanspruchen und bitte um nochmalige Nachprüfung meines Antrags und Weiterleitung der hiermit eingereichten Unterlagen an das Ministerium des Innern in Kiel.

Hochachtungsvoll

Frau A Bohnhoff

21

22. Februar 1950

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Bohnhoff - D./K.

Frau
Amanda B o h n h o f f
in R e i n b e k
Schützenstr. 2

23/2. 11

In Ihrer Haftentschädigungssache wird der Empfang Ihres Schreibens vom 16. d. Mts. bestätigt. Von dem Inhalte des Urteils hat der Kreissonderhilfsausschuss Stellung genommen.
Nach § 1 des Haftentschädigungsgesetzes kann einen Anspruch auf Haftentschädigung geltend machen, wer wegen seiner polit. Überzeugung, seiner Rasse, seines Glaubens oder Weltanschauung länger als einen Monat seiner Freiheit beraubt worden ist. Erst in 2. Linie ist die Voraussetzung dadurch gegeben, wenn das Urteil im Wege der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts aufgehoben ist. Richtig ist, dass das Urteil im Wege nationalsozialistischen Unrechts aufgehoben worden ist. Der Nachweis, dass Sie jedoch die 1. Voraussetzungen, insbesondere den Nachweis der polit. Überzeugung erbringen, ist nicht gegeben. Aus dem Urteil ist eine polit. Überzeugung Ihrerseits nicht zu entnehmen.
Diesbezüglich werden Sie gebeten, noch weitere Einzelheiten mitzuteilen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



22

31. März 1950

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
- Bohnhoff - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/S A Pol. Wi. Gu.
in K i e l

L. 3/4. 11

Betrifft: Haftentschädigungsantrag Amanda B o h n h o f f in Reinbek.

In der Anlage wird der Haftentschädigungsantrag der Amanda Bohnhoff über-
reicht mit der Bitte um Entscheidung.
Der Kreissonderhilfeausschuss hat den Antrag nicht befürworten können, da
die Voraussetzungen des § 1 als gegeben nicht angesehen werden können.
Die Antragstellerin gibt in ihrer Eingabe vom 24. d. Mts. zu, dass sie sich
vor 1933 polit. überhaupt nicht betätigt habe, sie sein rein gefühlsmässig
Gegnerin des Nationalsozialismus gewesen.
Um Rückgabe der Akten nach Entscheidung wird gebeten.

44.

Im Auftrage:

[Signature]

Im Auftrage:

Die Kreissonderhilfeausschuss hat den Antrag nicht befürworten können, da
die Voraussetzungen des § 1 als gegeben nicht angesehen werden können.
Die Antragstellerin gibt in ihrer Eingabe vom 24. d. Mts. zu, dass sie sich
vor 1933 polit. überhaupt nicht betätigt habe, sie sein rein gefühlsmässig
Gegnerin des Nationalsozialismus gewesen.
Um Rückgabe der Akten nach Entscheidung wird gebeten.

Bonnhoff - D./K.
4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -

L. 3/4. 11

Bonnhoff - D./K.
4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -

31. März 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



23

2. Oktober 1950

- Bohnhoff - D./K.

1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A Pol. wi. Gu.

L 3/10. M

in K i e l

Betrifft: Haftentschädigungsantrag Amanda B o h n h o f f in Heimbek.

Mit Schreiben vom 31.3.50 überreichte ich einen Antrag auf Haftent-
schädigung der Frau Bohnhoff und bat um Entscheidung.
Eine Entscheidung ist mir bisher nicht zugegangen. Ich bitte daher,
mir den Stand des Verfahrens mitzuteilen.

46y.

Im Auftrage:

h

22.

Im Auftrage:

am Ende der ersten nach Entscheidung mitz. werden
denen der Haftentschädigungsantrag. Remission
von 1950 1951. Derentscheidungsstand der Frau Bohnhoff
die Haftentschädigung ist in der ersten nach der d. H. an, dass sie
die Haftentschädigung des I. H. der Haftentschädigung nicht
den Haftentschädigungsantrag der Frau Bohnhoff mitzuteilen können, da
keine mit der Bitte um Haftentschädigung.
in der ersten nach der Haftentschädigungsantrag der Amanda Bohnhoff
Betrifft: Haftentschädigungsantrag Amanda B o h n h o f f in Heimbek.

in K i e l

Ref. I/8 A Pol. wi. Gu.
Der Landesminister des Innern
Landesregierung Schleswig - Holstein
an die

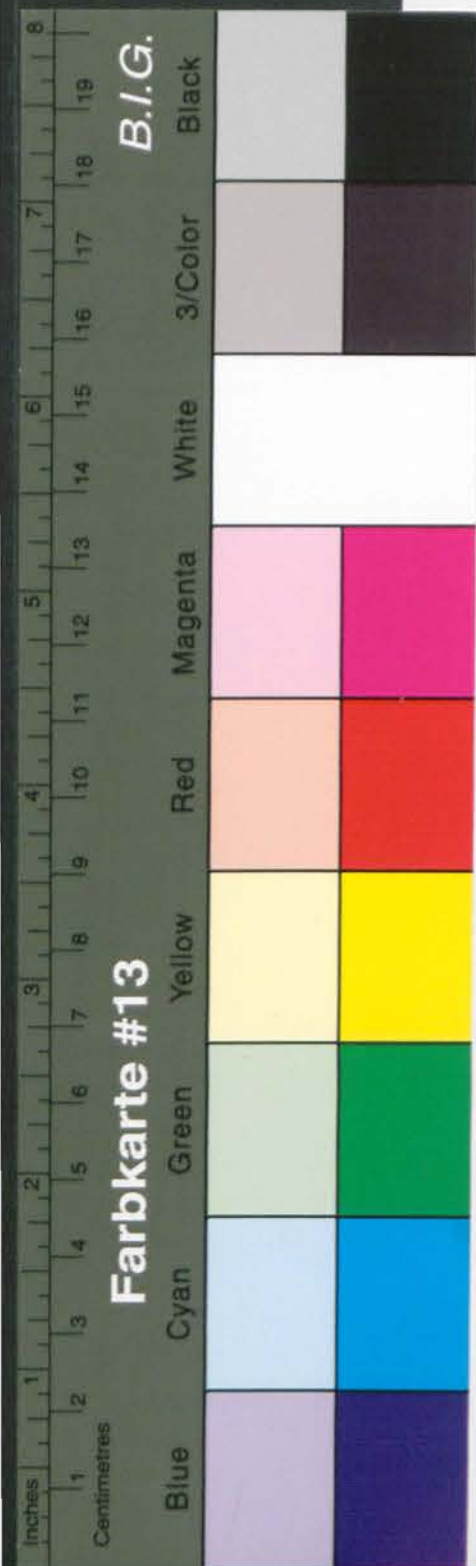
- Bohnhoff - D./K.

- I/8 A Pol. wi. Gu. -

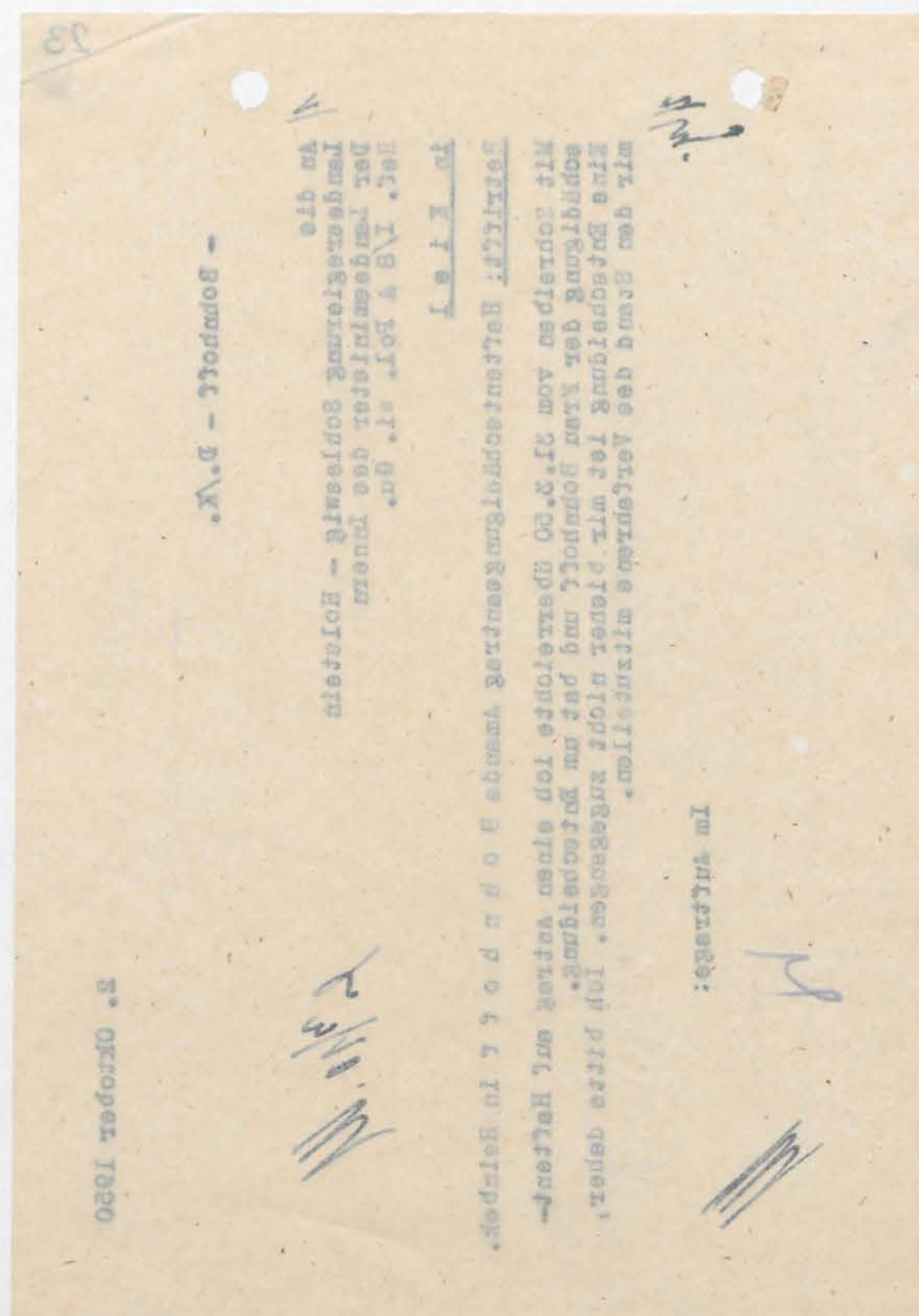
22. M. M.

22. M. 1950

22



Kreisarchiv Stormarn B2



Ab schrift .
Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/14 -Pol.Wi.Gu.-
Kt./Kn.-

Kiel, den 19. Okt. 1950.

An den
Herrn Landrat,
Sonderhilfsausschuss für OdW.,

Bad Oldesloe.

Betr.: Haftentschädigung.

Bezug: Berichte vom 4.10. und 2.10.1950 -D/K.-

Mit einer Entscheidung über die nachstehend aufgeführten Haftent-
schädigungsanträge ist im Laufe dieses bzw. des nächsten Monats zu
rechnen:

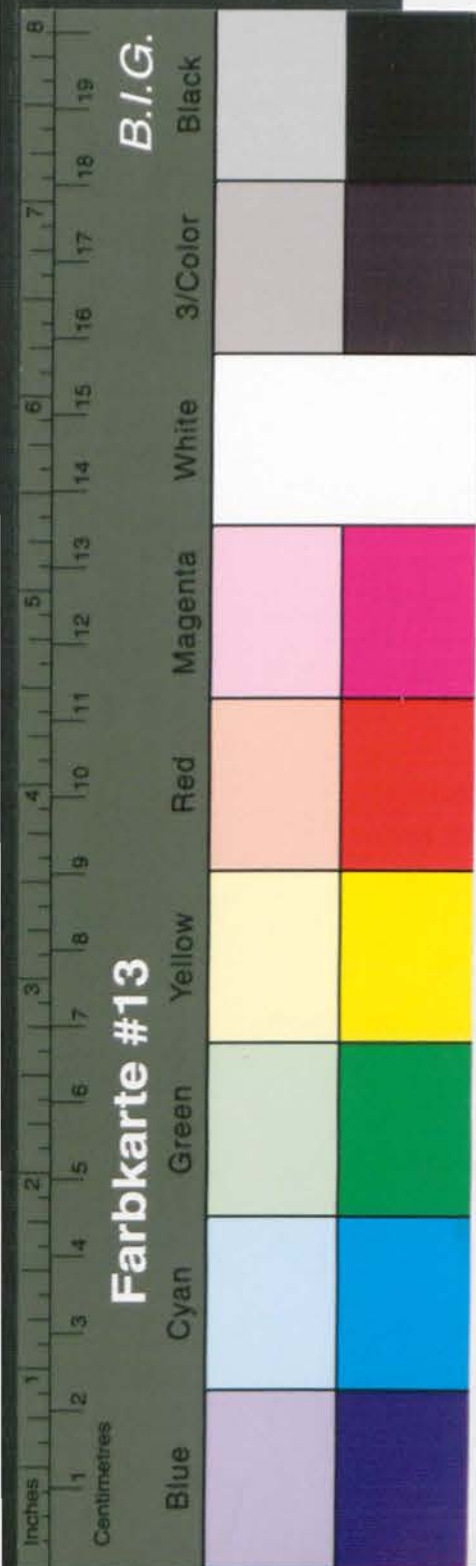
Keller, Erna,
Stange, Hertha,
Zimmermann, Robert,
" Helene
Clauser, Karl,
Ittner, Gerhard,
Bohnhoff, Amanda,

Rethwischdorf
" "
Trittaufeld
" "
Hoisdorf
Barsbüttel,
Reinbek.

Im Auftrage:

gez. Wolters

BdO. 7.11.50
zum Vortrag



Kreisarchiv Stormarn B2

Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/4 - Pol. Wi. Gu.-
Kf. Kn.-
Kiel, den 19. Okt. 1950.

An den
Herrn Landrat,
Sonderhilfsausschuss für 09.,
Bad Oldesloe.

Betr.: Haftentschädigung.
Besur: Berichte vom 4.10. und 8.10.1950 - D/K.-

Mit einer Entscheidung über die nachstehend aufgeführten Haftent-
schädigungsträger ist im Laufe dieses bzw. des nächsten Monats zu
rechnen:

Bethwischdorf	Keller, Fritz
Trittau	Stange, Herbert
Holsdorf	Zimmermann, Robert
Bathdorf	Heine
Reinbek	Clauser, Karl
	Itner, Gerhard
	Bonhoff, Amanda

Im Auftrage:
Bez. Wollers

Handwritten: 19.10.1950

25

Ref. I 16 - Pol. Wi. Gu.-
Ba./Kn.-
10. Nov. 1950.

Gegen Postzustellungsurkunde!

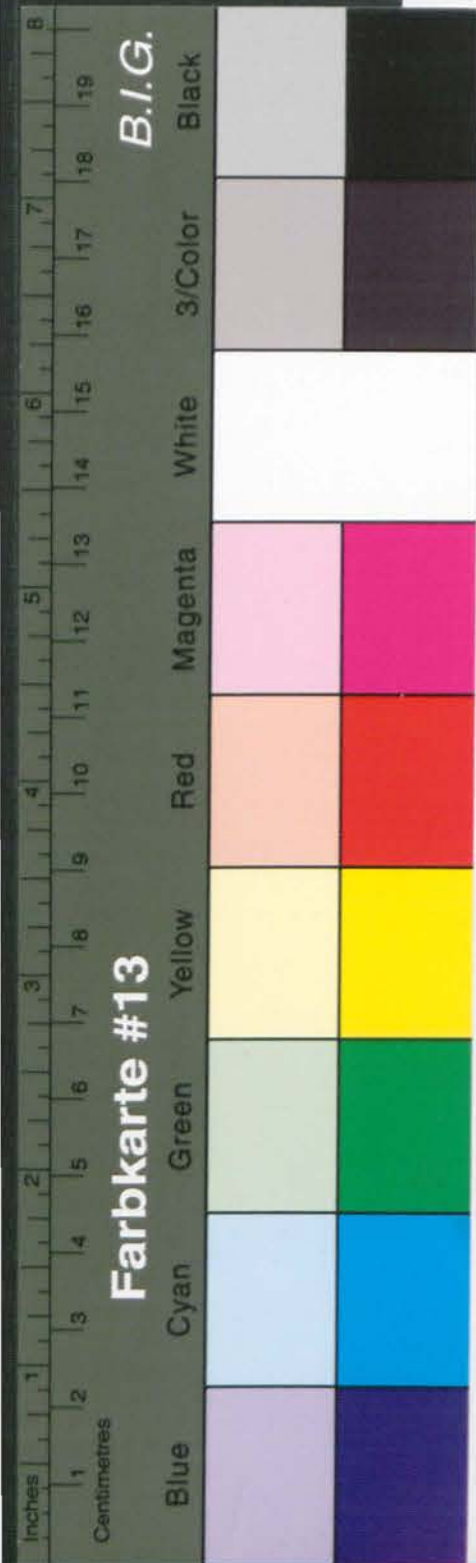
Frau
Amanda B o h n h o f f,
Meinbek Bez. Hamburg.

Betr.: Ihr Haftentschädigungsantrag.

Ich lehne Ihren Antrag auf Haftentschädigung
ab.
Ausweislich der von Ihnen eingereichten Unter-
lagen wurden Sie wegen verbotenen Umganges mit
Kriegsgefangenen bestraft.
Das Haftentschädigungsgesetz für das Land Schleswig-
Holstein vom 4.7.1949 - § 1 - bestimmt aber, dass
ein Anspruch auf Haftentschädigung nur geltend
machen kann, wer " . . . wegen seiner politischen
Überzeugung, seiner Rasse, seines Glaubens oder
seiner Weltanschauung länger als einen Monat seiner
Freiheit beraubt worden ist."
Sie wurden aus keinem der angeführten Gründe in
Haft genommen.

Rechtsmittelbelehrung:
Gegen den ablehnenden Bescheid können Sie gem. § 2
Abs. 3 des Haftentschädigungsgesetzes für das
Land Schleswig-Holstein (GuVOBl. Schl.-H. Nr. 21/1949
S. 161) binnen einem Monat, vom Tage der Zustellung
an gerechnet, Beschwerde bei der Landesregierung
Schleswig-Holstein, der Landesminister des Innern -
Sonderhilfsausschuss - Kiel, Düsternbrookerweg 70/90,
einlegen. Die Beschwerde ist zu begründen.

Im Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2

Ref. I 16 -
Pol. Wi. Gu.-

Kiel, den 10. Nov. 1950.
Ba./Kn.-

Kiel, den 10. Nov. 1950.
Ba./Kn.-

An den
Herrn Landrat,
Sonderhilfsausschuss für OdN,
Bad Oldesloe.

Umstehende Abschrift wird mit der Bitte um
Kenntnisnahme übersandt.
Die Akte D. geht Ihnen, falls kein Einspruch
eingelegt wird, nach Ablauf der Einspruchsfrist
wieder zu.

Im Auftrage:

BAD, 27.11.50

Zum Vorz.

Reinbek Kr. Stormarn, d. 24.3.50
Schützenstr. 2

An die
Verwaltung d. Kreises Stormarn
Abt. 4-1/9 - Kreissonderhilfsausschuss
Bad Oldesloe

Betr.: G.-Z.: -Bohnhoff- D./K. Schreiben vom 22.2.50
Haftentschädigungsantrag

Die dortige Beurteilung meiner Angelegenheit ist etwas abwegig.
Wie Sie der eingesandten Anklageschrift und Urteilsbegründung
entnehmen können, bin ich von einem sogenannten Sondergericht
nach einem nationalsozialistischen Gesetz abgeurteilt worden.
Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass vor den NS-Sonder-
gerichten ausschliesslich Straftaten behandelt wurden, die sich
gegen das NS-System richteten, also politisch und weltanschau-
lich für den NS-Staat nicht tragbar waren. Damit dürfte auch in
meinen Falle bereits der politische Grund gegeben sein.
Ich kann versichern, dass ich mich vor 1933 politisch überhaupt
nicht betätigt habe, aber rein gefühlsmässig Gegnerin des Natio-
nalsozialismus war, weil dieser den Menschen jegliche persönliche
Freiheit nahm.
Wenn ich die Bekanntschaft eines französischen Kriegsgefangenen
suchte, so geschah das nicht nur allein darum, um meinen Kindern
etwas bessere Ernährung zu verschaffen. Es war reine Opposition
gegen ein System, welches die Völker gegeneinander hetzte und ich
suchte in dem Gefangenen einen Menschen, der ebenso wie unzählige
deutsche Menschen, unter dieser Verhetzung leiden musste.
Sie werden natürlich in dem NS-Urteil vergeblich nach dem politi-
schen Grund suchen. Dieses Urteil dürfte auch heute für den KSHA
kein Maßstab sein, da die Sondergerichte ja weiter nichts taten,
als jedes menschliche Gefühl nach seiner Weise in den Dreck zu
treten.
Ich möchte daher bitten, meine Sache nochmals zu beraten und meine
obigen Ausführungen zu berücksichtigen. Es wäre mir unverständlich,
wenn ein Ausschuss in der heutigen Demokratie, sich für seine Ent-
scheidungen den Inhalt eines NS-Urteils auf diese Weise auslegt.

Carin et Bohnhoff

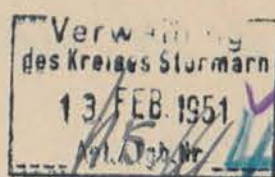
27



LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
DER LANDESMINISTER DES INNERN
Ref. I 16

Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben anzugeben)

Kt./Kn.-



(24b) KIEL, den 12. Febr. 1951.

Landeshaus, Düsterbrookweg 70-90
Telefon 21 480-84

Besuchszeiten:
nur montags, dienstags,
donnerstags und freitags
von 0900-1300 Uhr

Anden
Herrn Landrat,
Sonderhilfsausschuss für OaN,
Bad Oldesloe.

Betr.: Haftentschädigungsantrag von Amanda Bohnhoff,
Reinbek Bez. Hamburg.

Bezug: Erlass vom 10.11.1950.

Anliegend übersende ich den Haftentschädigungsantrag
der Obengenannten nach Ablauf der Einspruchsfrist.
Beschwerde ist nicht eingelegt.

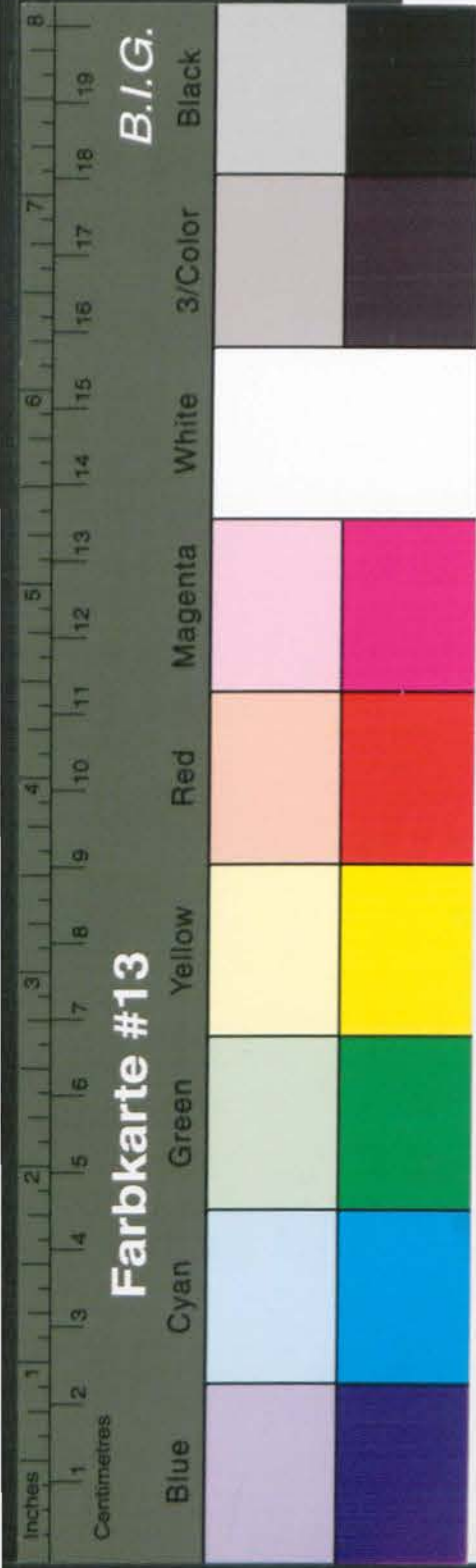
Anlage:
1 Akte.

Im Auftrage:

*BD, 19.2.51
zum Vortrag*

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Bd. 2.2.52
1/ Einspruch ist nicht eingelegt.
2/ Akte wegen.

B2